HELMUT BRANDSTÄTTER

HEILUNG FÜREINE VERSIORIE REPUBLIK

Helmut Brandstätter

HEILUNG für eine VERSTÖRTE REPUBLIK



Dieses Buch ist allen Personen gewidmet, die sich politisch engagieren, in der Gemeinde, Schule oder Uni, einer NGO oder einem Parlament. Und dabei mehr auf die Anliegen der Gemeinschaft als auf ihr Ego achten.

INHALT

8	Vorwort
22	Die Suche nach dem Ausgleich in der Gesellschaft
39	Die Stärkung der staatlichen Institutionen
57	Ein Parlamentarismus, den alle ernst nehmen
70	Die Justiz darf wieder in Ruhe arbeiten
80	Die Medien werden als unabhängige Kontrollinstanz akzeptiert
96	Politik wird ein Beruf mit Ideen und Verantwortung
108	Freiheit und Eigen- verantwortung sind zentrale Werte der Demokratie
119	Wir finden einen Ausgleich zwischen Jung und Alt
128	Österreich bekennt sich zu einer Sicherheitsstrategie
144	Verteilung und Teilhabe – die großen Fragen des Zusammenlebens
159	Danksagung

's ist möglich, dass in Sachsen und beim Rhein Es Leute gibt, die mehr in Bücher lasen; Allein, was nottut und was Gott gefällt, Der klare Blick, der offne, richtge Sinn, Da tritt der Österreicher hin vor jeden, Denkt sich sein Teil und lässt die andern reden!

Franz Grillparzer König Ottokars Glück und Ende

VORWORT

Die Politik verwundet Menschen. Wie tief das gehen kann, erleben wir bei fast jedem Rücktritt. Der Verlust eines Amtes, das mit Ansehen und Autorität verbunden ist, schmerzt umso mehr, weil er vor den Augen der Öffentlichkeit stattfindet. Beim Aufstieg hat die Aufmerksamkeit motiviert, doch leider gehört sie beim Abstieg genauso dazu – und kann quälend sein. Die Betroffenen müssen sich dann selbst um die Heilung ihrer Wunden bemühen, was Jahre dauern kann.

Die Jahre, in denen Sebastian Kurz die Republik Österreich "umbauen", mit einem "neuen Stil" und "gegen das System" regieren wollte, haben Verwundungen bei vielen hinterlassen, Verstörung und Zerstörung über das Land, aber auch über Menschen gebracht. Die einen sind verstört, weil sie sich täuschen ließen. Von einem Mann, der die Politik aus den täglichen Mühen des Kompromisses und den alten Methoden des Proporzes herauszuheben versprach, dann aber tief in diese eintauchte und in ihrer Perfidie noch einmal verfeinerte, ausschließlich zum eigenen Vorteil. Dabei wurden Mitläufer*innen missbraucht und sogar Profiteur*innen geschädigt, denen Übersicht, Kaltblütigkeit und Brutalität fehlten, die zu einem solchen Verhalten gehören. Am Ende standen einige zerstörte Existenzen, Wegbegleiter*innen ließen sich bis zur Peinlichkeit missbrauchen.

Gegner wiederum wurden zu Feinden deklariert. Das System Kurz brauchte, wie alle populistischen Konstruktionen, Feinde. Diese wurden auf verschiedenen Ebenen ausgemacht und öffentlich attackiert. Die ÖVP sollte als türkise Führerbewegung eine Art "FPÖ light" werden, also gegen alles Fremde agitieren, im Zweifel auch gegen die Europäische Union und gegen Nachbarländer, aber mit dem freundlichen Gesicht eines jungen Mannes. Feind wurde, wer nicht bereit war, sich zu unterwerfen. Ich habe das als Chefredakteur des KURIER erlebt, ganz ausdrücklich am 19. Juni 2017, als mir der eben erst gewählte 17. Obmann der ÖVP bei einem Abendessen erklärte: "Du kannst nur mein Freund oder mein Feind sein." Unter seinen 16 Vorgängern waren sehr unterschiedliche Persönlichkeiten, historische Figuren wie Leopold Figl oder Josef Klaus, der 1966 die absolute Mehrheit schaffte, visionäre Europäer wie Alois Mock oder Intellektuelle wie Erhard Busek. Keiner hätte einen solchen Satz gegenüber einem Journalisten formuliert. Es hätte auch keiner diese Forderung erhoben, die Kurz kaltblütig aussprach: "Ich erwarte die Unterstützung des KURIER bei der Nationalratswahl." Wenn ich dazu nicht bereit sei, dann wäre für ihn offensichtlich, dass ich sein Feind sein werde. Freund oder Feind. So klar, so einfach. Der Hinweis, dass ich mich in meinem Vertrag mit dem KURIER dazu verpflichtet habe, eine unabhängige Tageszeitung zu machen, ihn also gar nicht unterstützen dürfe, interessierte ihn nicht. Warum habe ich dieses Gespräch nicht sofort öffentlich gemacht? Ich fühlte mich zwar bedroht, gar erpresst, aber nach meinem Gefühl saß da ein unsicherer junger Mann, kein abgezockter Polit-Funktionär. Er konnte seine Brutalität hinter einem freundlichen Gesicht gut verbergen. Und er hatte seine Leute für die schmutzige Arbeit und Leute fürs Denken.

Vermutlich kannte Kurz den Staatsrechtler Carl Schmitt nicht, der schon vor seinem Engagement für die Nazis in seinem 1932 erschienenen Buch "Der Begriff des Politischen" erklärt hatte, dass Politik ein Kampf zwischen Freund und Feind sein müsse, sowohl im Verhältnis zwischen Staaten, aber auch innerhalb eines Staates. Dennoch handelten Kurz und die Seinen konsequent nach diesem Freund/Feind-Schema.

Später, als im Sommer 2019 meine Kandidatur auf der Liste der NEOS bekannt wurde, formulierte ein Kurz-Vertrauter im kleinen Kreis: "Den fohr ma nieder und sei Oide gleich dazu." Sippenhaftung gehörte also auch zum System Kurz. Und während des Ibiza-Ausschusses, wo ich mehreren seiner Leute unangenehme Fragen stellte, ließ mir eine Vertrauensperson von Kurz ausrichten: "Du wirst zerstört." Wenn es um ihre Macht ging, kannte die Kurz-Partie keine Grenzen.

"Bitte schau, dass deine Auseinandersetzung mit dem Kurz nicht persönlich wirkt", lautete der Ratschlag durchaus gut Gesinnter. Aber nicht ich, sondern Kurz hat sie zu einer persönlichen gemacht, und ich war nicht der Einzige, die er so "überzeugen" oder bei Widerspruch aus ihren Funktionen beseitigen wollte. Deshalb ist es so wichtig, diese Ereignisse anzusprechen und das dahintersteckende Denken zu entlarven, als Warnung für künftige Generationen. Der Politiker wollte nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich der Journalist nicht unter Druck setzen lässt – das war er nicht gewohnt. Später, im Parlament, bei seiner ersten Vernehmung im Ibiza-Untersuchungsausschuss, fühlte er sich dann so überlegen, dass er auf meine Fragen ganz sicher die Unwahrheit sagte.

Denn natürlich war der Bundeskanzler in die Besetzung von Thomas Schmid als Chef der ÖBAG eingebunden, was er unter Wahrheitspflicht leugnete. Das ist inzwischen durch unzählige WhatsApp-Chats bewiesen. Ob es auch den im Strafgesetzbuch verlangten Vorsatz gab und die Falschaussage strafrechtlich relevant ist, hat ein Gericht zu beurteilen.

Wer Wahrhaftigkeit bei anderen einfordert, muss sie selbst leben, also ist dort über Persönliches zu berichten, wo es das Politische erklärt. Im Übrigen diene ich nur als Beispiel für die Analyse eines Systems, das ganz bewusst Feinde als solche deklariert und bekämpft hat, um allen anderen Beteiligten zu zeigen: "Schau, das kann dir auch passieren." So funktioniert die organisierte Politik des schamlosen Populismus, die Feinde braucht, um inhaltliche Leere zu übertünchen. Druck wurde auch auf andere Personen in den Medien, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft ausgeübt. Hier war es besonders fatal, weil in der Covid-Zeit auch Expert*innen bedeutet wurde, was sie besser *nicht* öffentlich sagen sollten, weil es zu den Slogans der Kurz-PR-Maschinerie gerade nicht passte.

Wo aber waren die politischen Überzeugungen dieser Zeit? Sebastian Kurz und seine Umgebung haben in der ersten Zeit im Staatssekretariat für Integration durchaus an politischen Lösungen gearbeitet. Später ging es nur um Umfragen, Fotos und das Erscheinungsbild in den Medien. Letztlich scheiterte er genau daran – an gekauften Umfragen und einem liebedienerischen Boulevardmedium, das ihn für Geld bejubelte. Ein beachtlicher dramaturgischer Bogen einer politischen und menschlichen Tragödie mit Auswirkungen auf ein ganzes Land. Welche Rolle Kurz bei den Inseratendeals rund um die frühere Ministerin Sophie Karmasin und die Meinungsforscherin Sabine Beinschab mit der Tageszeitung Österreich gespielt hat, werden Gerichte klären. Dass er der Profiteur dieser Deals

war, ist klar. Die Zusammenlegung der Sozialversicherungen wird als einzig erfolgreiche Reform für die türkis-blaue Zeit genannt. Versprochen war eine "Patientenmilliarde statt der Funktionärsmilliarde", wieder ein falsches Versprechen. Damals verhielt sich der oberösterreichische Landeshauptmann Thomas Stelzer ruhig, jetzt sagt er: "Es ist kein Geheimnis, dass ich einige große Entscheidungen skeptisch gesehen habe, Stichwort Zentralisierung der Gebietskrankenkassen, die sich jetzt nicht so darstellt, wie manche geglaubt haben, dass sie wirkt." Das erklärte Stelzer nicht, als das beschlossen wurde, sondern im Mai 2022 in den *Salzburger Nachrichten*. Manche entdecken Mut und Einsicht halt erst etwas später. Der Rechnungshof hat Anfang Juli 2022 im Detail berechnet, dass nicht eine Milliarde eingespart wurde, sondern die Zusammenlegung der Kassen rund 215 Millionen gekostet hat.

Die Skandale, die das System Kurz begleiteten, sind nicht vergleichbar mit den vielen Korruptionsaffären der vergangenen Jahrzehnte. Da ging es um Machtmissbrauch und Bereicherung, schlimm genug. In den Jahren zwischen 2016 und 2021 aber sollte die Republik umgebaut werden, rund um eine einzige Person, nicht für eine Idee, sondern für die umfassende und anhaltende Erhaltung der Macht. Zunächst übernahm die Kurz-Partie – "Partie" im Gegensatz zu Partei – die ÖVP, die zur Bewegung von uniformen und türkisen "Jüngern" werden sollte, dann das Land, dann einzelne Institutionen, und schließlich wollte diese kleine Truppe auch das Denken vieler Menschen formen. "In einem ist Sebastian Kurz gut gewesen: im Verführen", fasst die dänische Zeitung *Politiken* die Jahre zusammen, als es vorbei war. Am Ende reichte das Verführen nicht, die Partie hatte sich übernommen und scheiterte letztlich an sich selbst –

und an den Methoden, die die ewige Macht hätten absichern sollen, an der Message Control und der Inseratenkorruption, beides finanziert mit vielen Millionen an Steuergeld.

Das Versagen bei der Bekämpfung der Pandemie war eine logische Konsequenz des Systems Kurz. Wer alle Botschaften rund um eine Person platziert, wer nur Bilder und Geschichten verkaufen, aber nicht managen kann, der kann in einer Krise weder konzise noch flexibel reagieren. Zum System Kurz gehörte eine perfekt organisierte Einwegkommunikation, in der Krise muss es aber zu einem Informationsaustausch mit der Bevölkerung kommen. Und während sich die Regierung um eine gezielte Impfkampagne hätte kümmern müssen, war die Kurz-Partie mit dem erschreckenden Bild immer aufs Neue bekannt werdender WhatsApp-Messages und einem Bericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft beschäftigt. Am 9. Oktober 2021 musste Sebastian Kurz auf Druck des grünen Koalitionspartners das Kanzleramt verlassen, einige Mitarbeiter ebenso, am 2. Dezember trat er von allen Funktionen zurück, also auch als Obmann der Partei, aus der er eine "Bewegung" mit "Jüngern" gemacht hatte, so die interne Bezeichnung, und die dadurch nun völlig orientierungslos war. Die einst mächtigen Landeshauptleute, die im Frühjahr 2017 hilflos ihre Macht abgegeben hatten, ergriffen sie vier Jahre später wieder dankbar, ohne dass sie über ihr eigenes Versagen in diesen Jahren reden wollten. Am Ende gab es auch in der ÖVP viele Verwundungen, die ebenfalls noch lange nicht geheilt sind. Diese jetzt zu verdrängen wäre zwar typisch für Österreich, aber sicherlich der falsche Weg.

So muss im 77. Jahr des Bestehens der Zweiten Republik ein Prozess der Heilung beginnen. Die Verwundungen, die vielen Institutionen von der Justiz bis zum Parlament angetan wurden, gehören dabei ebenso aufgezeigt wie die Verwundungen vieler Menschen. Meine persönlichen sind geheilt. Am größten waren die Enttäuschungen, die sich aus mangelnder Loyalität ergaben - ein Phänomen nicht nur der Politik, sondern auch des Journalismus. Aber ich bekam die Chance auf eine neue Betätigung: den aktiven Einblick und die Mitarbeit in der Politik. Auch an dieser Stelle ein klares Wort: Es ist um vieles einfacher, die Politik zu beobachten und zu kommentieren, als selbst Entscheidungen zu treffen, oft Freiwild für Beschimpfungen in den sozialen Medien und Ziel von Lügen politischer Gegner zu werden. Und noch ein Rat: Wenn Sebastian Kurz klug ist, beschäftigt er sich mit seinen Verwundungen etwas ehrlicher als beim Rücktritt, da beklagte er sich noch, dass er "gejagt wurde". Von wem, außer von seinem Ehrgeiz? Der ehemalige Höchstrichter und Justizminister der Regierung Bierlein, Clemens Jabloner, erklärte Anfang Juli 2022 bei einem Symposium der Boltzmann-Gesellschaft: "Die Art, wie unter Kurz 1 regiert wurde, war ein erster Weg in eine andere Staatsform." Und nachher meinte er noch: "Irgendjemand muss das ja sagen." Ja, die österreichischen Eliten waren sehr zurückhaltend oder sie wollten nicht wahrhaben, wie sehr Kurz in Richtung eines autoritären Staates marschierte.

Das Land Österreich muss seinen Heilungsprozess beginnen. Dazu gehört eine Analyse der Entwicklungen der letzten Jahre, gefolgt von konkreten Ideen, wie wir im schnellen Wandel der Digitalisierung mit ihren neuen Medien als offene und demokratische Gesellschaft bestehen, die nicht von Propaganda gesteuert wird und dem nächsten Verführer nachläuft. Dazu werden hier viele Ideen präsentiert, die unser Land und seine

Institutionen grundsätzlich verbessern würden, und damit auch das Leben der Menschen in Österreich. Wir müssen zu mehr Teilhabe der Menschen in unserer sich ständig verändernden Gesellschaft kommen. Denn wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst, die Inflation aber steigt, tauchen vermeintlich neue, aber in Wirklichkeit alte Fragen von Verteilungsgerechtigkeit auf, denen sich die Politik zu stellen hat. Erinnern wir uns: Die vielen Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen wurden zum Teil politisch missbraucht. Sie zeigten aber auch Ängste auf und völliges Misstrauen der Teilnehmer*innen gegenüber "Mächtigen". Diese Ängste sind nicht so leicht identifizierbar, daher bieten sie einen idealen Nährboden für Verschwörungen aller Art. Eine unsichere, verletzte Gesellschaft sucht Heilung; eine Gesellschaft, die – nicht zum ersten Mal – auf einen großen Blender hereingefallen ist, braucht Orientierung.

Der im März 2022 verstorbene frühere ÖVP-Obmann Erhard Busek berichtet im Vorwort zu meinem Buch "Kurz und Kickl" von einer Diskussion mit dem damaligen Innenminister Herbert Kickl, wo dieser meinte, die Politik müsse Angst machen, um etwas zu verändern. Busek widersprach, aber heute erleben wir, dass die Angst, die die Politik in den letzten Jahren verbreitet hat, massiv auf die Gesellschaft drückt und in der anhaltenden Krise den sozialen Ausgleich noch schwieriger macht, zuerst in der Pandemie und jetzt bei den rasant steigenden Preisen. Gerade jetzt müssen wir Rücksicht auf diejenigen nehmen, die sich zunehmend ausgeschlossen fühlen, und zwar materiell, durch finanzielle Hilfe, solange die Inflation anhält. Außerdem kann nur ehrliche und offene Kommunikation auf Augenhöhe Angst nehmen. Die hat leider in den letzten Jahren bewusst nicht stattgefunden.

Der Psychiater Erwin Ringel (1921–1994) ist einer der besten Analytiker der "österreichischen Seele", wie auch eines seiner Bücher heißt. Die Neurosen der Österreicher hängen für ihn stark mit der verwundeten Kinderseele zusammen, weil es von jeher nur drei Erziehungsziele gebe: "Gehorsamkeit, Höflichkeit und Sparsamkeit." Dazu kommt "die Bereitschaft des Österreichers zu devotem Dienen", wie Ringel schreibt. Eine Mischung, die ständig Angst erzeugt, umso mehr, weil die Menschen in Österreich nach 1945 sehr viel erreicht haben und deshalb auch sehr viel verlieren können, wie ja auch vergangene Generationen Niederlagen und Abstiege erlebten. Und so ist Angst auch ein beständiger Faktor der österreichischen Innenpolitik. In Grillparzers "König Ottokars Glück und Ende" wird die berühmte Rede Ottokar von Horneks an Rudolf von Habsburg zu einem zwiespältigen Lob für die Österreicher.

"Der Österreicher denkt sich sein Teil und lässt die andern reden." Für diese Stelle gibt es im Burgtheater gerne Szenenapplaus. Feigheit als bürgerliche Tugend? Sicher ist: Wenig ausgeprägter Mut und mangelnde Ehrlichkeit haben in Österreich in der politischen Debatte Tradition. Aber warum ist das so? Da hilft ein genauer Blick in ein Standardwerk unserer Geschichte: "Der Kampf um die österreichische Identität" von Friedrich Heer. Der 1983 verstorbene Historiker ist der Vorzeigeintellektuelle, der Begeisterung für die vielfältige, widersprüchliche Geschichte unseres Landes persönlich leidend mit schmerzhafter Kritik verbindet. Er war ein Katholik, der an seiner Kirche litt und ein Patriot, der um die richtige Sicht seiner Heimat stritt. Allein diese These Heers beweist die Komplexität unserer Existenz: "Es gibt kein historisches Gebilde in Europa, das so sehr außengesteuert ist wie Österreich." Andere Länder

"erlebten mannigfache Einwirkungen von außen, aber keine 'Invasionen' von außen, die ihre Identitätserfahrung zutiefst treffen, verletzen, spalten, verändern wie in den österreichischen Landen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert." Heer beschäftigt sich auch mit der Rolle der Religionen. Auf der einen Seite steht der "Glaube an das Heil aus der deutschen Sprache, aus der Sprache Luthers ... "Auf der anderen Seite steht das Credo, das uns heute noch formt: "Der andere Glaube, an die österreichische Nation, artikuliert sich nur schwer: Katholische 'Sprachlosigkeit', katholische Spracharmut und eine bäuerliche Schwierigkeit, sich in einer Schriftsprache 'auszudrücken'." Luthers Religion des Wortes hat sich in Österreich nur in Enklaven durchgesetzt, erfolgreich war hingegen eine andere Religion, die Heer so beschreibt: "Die Kultur der Sinne und der Sinnlichkeit, des Theaters und des großen Festspiels, der Prozessionen und der Predigt." Nein, Sebastian Kurz hat weder Heer gekannt, noch hätte er diese These verstanden. Aber er hat eine Zeit lang gut davon gelebt, auf Image und Inszenierung statt auf Inhalte zu setzen.

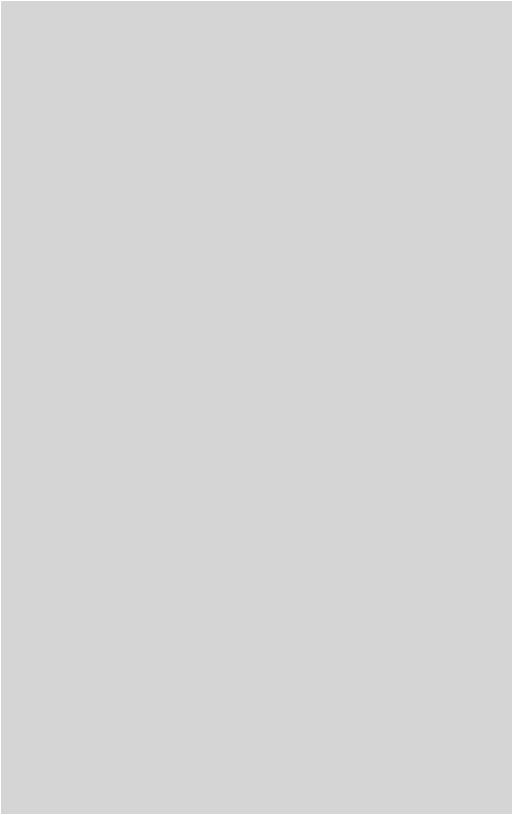
In einer Krise spüren wir die Abhängigkeit von bildhaften Symbolen und unsere wenig gefestigte Identität, an der so oft und so lange gezweifelt wurde, besonders. Beim Krieg Putins, den er am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine begonnen hat, wurde sofort klar, dass der Mythos rund um die Neutralität Österreichs jede rationale Diskussion unmöglich macht. Dabei geht es der ÖVP schon wieder nur um Umfragen. Dass Putin die bündnisfreie Ukraine bombardieren ließ, änderte nichts an der Zustimmung zur Neutralität in Österreich und an der Illusion, durch diese einseitige Erklärung aus dem Jahr 1955 geschützt zu sein. Die Neutralität war notwendig, um im Mai 1955 den Staatsvertrag und damit die Unabhängigkeit zu erlangen. Aber

seither hat sich die politische Weltlage zweimal grundlegend verändert: Zunächst durch den Fall der Mauer im November 1989, die darauffolgende Auflösung der Sowjetunion und die Erweiterung der EU und der NATO. Und dann, am 24. Februar 2022, als Putin nicht nur zum zweiten Mal nach 2014 die Ukraine überfiel, sondern auch noch dem Westen mit Atomkrieg drohte.

Immerhin trat die Europäische Union geeint auf, Sanktionen gegen Russland wurden mit den USA, aber auch mit Großbritannien und der neutralen Schweiz abgestimmt. Die kommenden Herausforderungen wird Europa jedoch nur bestehen, wenn die wirtschaftlich starke EU ein politischer Faktor wird, der auch militärisch geeint auftritt und wenn wir uns gemeinsam kommenden Herausforderungen stellen. Frieden und Freiheit sind in Europa auf einmal nicht mehr selbstverständlich. Darauf müssen wir uns in Österreich einstellen, mit einer offenen Debatte, wie die Sicherheit der Menschen gewährleistet wird. Ein Mythos allein wird das nicht schaffen. Hier hat die Politik die Verpflichtung, über Fakten zu reden und nicht schon wieder ängstlich auf Umfragen zu starren. Darüber hinaus schadet die Aufteilung - hier unser Heimatland, dort die EU mit den "Bürokraten der Kommission" -, wie sie in vielen Ländern bei innenpolitischen, nationalistisch geprägten Debatten vorkommt, uns allen. Leider ist auch Bundeskanzler Karl Nehammer bei der Diskussion über ein Embargo für Öl und Gas in diese populistische Diktion verfallen. Putins Aggression beweist uns jeden Tag, dass uns liberalen Gesellschaften der EU ein großes Interesse eint, nämlich in Frieden und Freiheit zu leben.

Die Regierungszeit Kurz kann im Idealfall eine Zäsur darstellen. Schluss mit persönlichen Abhängigkeiten, Schluss mit

der kleinen und der großen Korruption, mit der Zerstörung von Institutionen, mit dem Missbrauch von Medien durch Inseratenkorruption. Missstände gab es schon davor, aber Kurz' System hat alles so zugespitzt, dass niemand mehr wegschauen kann, und so viel zerstört, dass wir einen grundlegenden Wiederaufbau unserer demokratischen Institutionen brauchen. Wir müssen hinschauen, damit sich die vergangenen Irrwege, die zu Verstörung geführt haben, nicht wiederholen. Wir müssen Fragen zulassen und Antworten darauf suchen, warum es sich viele Menschen in Österreich gefallen ließen, als Wegbereiter eines zunehmend autoritären Systems und als Diener einer hohlen Führerfigur missbraucht zu werden. Die Österreicher*innen müssen lernen, sich nicht nur ihr "Teil zu denken", wie es bei Grillparzer heißt, sondern auch Missstände anzusprechen. Und unsere Gesellschaft muss wieder stärker zusammenwachsen, Ausgleich finden, statt Spaltung und Feinde zu suchen. Aus all diesen Gründen ist das Vertrauen so niedrig wie nie zuvor. Claus Pándi sieht als Ursache dafür "die unaufhörliche Scharlatanerie in der hiesigen Politik". Nun trifft uns die größte Wirtschaftskrise der Zweiten Republik, die sich zu einer schweren Gefährdung des sozialen Friedens auswachsen kann, in folgendem Zustand: verstört durch eine verantwortungslose Politik, wo durch Scharlatanerie auch noch jedes Vertrauen zerstört ist. Da hilft nur eine ehrliche Analyse, ein Eingeständnis der Fehler durch die Regierung und ein offener Dialog, wie die Gesellschaft zusammengehalten werden kann. Wer in den letzten Jahren von Wachstum und Globalisierung profitiert hat, kann etwas abgeben, wer sich das Leben nicht mehr leisten kann, muss unterstützt werden. Ganz grundsätzlich hat das Erhard Busek noch vor der Krise angesprochen. Busek regte an, "in einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern einzutreten, was wir wirklich für ein auskömmliches Leben brauchen." Busek spricht auch von "Maßhalten, sich selber Grenzen setzen." Damit sind wir bei der ökologischen Herausforderung, unser Leben so zu verändern, damit Leben auf der Erde überhaupt möglich bleibt. Nach den Jahrzehnten des Wachstums und den Jahren der Egozentrik in der Politik ist das die große Herausforderung – im Dialog mit der Bevölkerung zu gemeinsamen Änderungen unseres Verhaltens zu kommen. Die "Suche nach dem Ausgleich in der Gesellschaft" ist nur der erste von zehn Punkten, die zur Heilung unserer verstörten Republik beitragen sollen.



DIE SUCHE NACH DEM AUSGLEICH IN DER GESELLSCHAFT

In der Pandemie tauchte eine Berufsbezeichnung auf, die vielen davor nicht bekannt war: die der Komplexitätsforschung. Komplexität ist das Maß für die Menge an Überraschungen, mit denen man rechnen muss, lautet eine gängige Definition. Komplexe Systeme verfügen laut Gabler Wirtschaftslexikon über eine große Anzahl an Elementen, Vernetztheit und Intransparenz. Komplexe Systeme entwickeln in der Regel eine Eigendynamik. Vertreter*innen der Komplexitätsforschung standen der Politik beratend zur Seite, wurden aber leider nicht immer gehört, was die Lage noch komplexer machte und daher Lösungen noch schwieriger zu finden waren.

Was für die Zeit der Pandemie in einem noch überschaubaren Maß zutraf, das gilt für unsere Gesellschaft erst recht, wobei deren Komplexität noch ungleich größer ist. Das ist heute den Menschen auch viel bewusster als noch vor ein paar Jahren und löst enorme Unsicherheit aus, und das in einem Land, in dem Sicherheit immer als wesentlicher Wert galt – oft mehr als Freiheit. Ausbildungswege sind vielfältiger, oft komplizierter geworden und dadurch schwieriger zu überblicken, Karrieren sind nicht mehr so gut planbar, Berufsbilder vielschichtiger

und ständiger Veränderung unterworfen. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wird durch die Digitalisierung teilweise aufgehoben, wenn die Arbeit am eigenen Computer mit entsprechenden Kenntnissen oder mathematisches Verständnis der Finanzmärkte mehr Wohlstand verschaffen können als eine veraltete Produktionsstätte. Dazu kommt, dass das Vertrauen in so gut wie alle staatlichen, aber auch religiösen Institutionen sinkt, in die klassischen Medien ebenso. Informationen werden zunehmend skeptisch betrachtet, die sozialen Medien wiederum bauen auf Emotionen und Erregung auf. Genau das nutzen Parteien und Organisationen, um Menschen emotional an sich zu binden, bevorzugt durch Verunsicherung und Unwahrheiten. Wie so oft waren uns hier die Vereinigten Staaten von Amerika voraus, wo Lügengeschichten über Hillary Clinton, etwa über einen angeblichen Pädophilenring in einer Pizzeria in Washington, den Wahlkampf 2016 maßgeblich beeinflussten. Die Covid-Pandemie bot dann ebenfalls ungeahnte Möglichkeiten an Falschmeldungen: vom angeblichen Chip des Bill Gates, der über die Impfung weltweit in die Menschen eingepflanzt würde, bis zu obskuren Heilmethoden wie der eigenmächtigen Behandlung mit Desinfektionsmitteln, an denen Menschen starben. Das von FPÖ-Chef Herbert Kickl empfohlene Entwurmungstitel Ivermectin ist im Idealfall wirkungslos, führte aber leider auch zu Vergiftungen.

In einer Demokratie werden Entscheidungen im Idealfall von der jeweiligen Mehrheit getroffen, meistens im Parlament, manchmal auch durch Volksentscheide. Für den gesellschaftlichen Ausgleich arbeiten unterschiedliche Gremien zusammen, über lange Zeit entwickelte Systeme verfügen dabei über einen ausgeprägten Schutz von Minderheiten. Organisationen der

Zivilgesellschaft bringen sich auf verschiedenen Ebenen ein, die digitalen, nicht immer sozialen Medien bieten dazu neue Plattformen. Konfrontationen zwischen einzelnen sich gegenüberstehenden Gruppierungen sollen so ausgetragen werden, dass sich alle Bürger*innen als Teil des Gemeinwesens sehen können, sich vor allem auch emotional eingebunden fühlen. Das funktioniert aber nur so lange, wie es so etwas wie eine kollektive Vernunft gibt. Dazu gehört eine Übereinstimmung darüber, was richtig und was falsch ist, sowie Einigkeit über wesentliche Perioden der Geschichte und über Grundzüge für Ziele der Gesellschaft in den nächsten Jahren. So gesehen hat die Pandemie nur offengelegt, was sich seit vielen Jahren zuspitzt: Es gibt immer weniger Konsens, dafür aber immer mehr Gräben in der Gesellschaft, die nicht angesprochen wurden, solange der Wohlstand zunahm. Dass das zuletzt nur mehr bedingt zutraf, werden wir noch sehen.

In der Geschichte der Zweiten Republik spielten immer der Schatten des Bürgerkriegs von 1934 und die darauffolgenden Jahre bis zum Einmarsch der Hitler-Truppen am 12. März 1938 eine Rolle. SPÖ und ÖVP können sich bis heute nicht einmal auf eine gemeinsame Bezeichnung dieser Jahre einigen – "Austrofaschismus" sagen die einen, unterstützt von den meisten Historiker*innen, "Kanzlerdiktatur" die anderen. Der jahrzehntelange Streit flammte mitten in der Pandemie plötzlich wieder auf. Engelbert Dollfuß hatte im März 1933 das Parlament aufgelöst, das Wort von der "Selbstausschaltung" des Parlaments ist eine täuschende Beschönigung. Erst nach langer Diskussion war das Porträt von Engelbert Dollfuß im Jahr 2017 aus den Klubräumen der ÖVP im Parlament entfernt worden. Plötzlich führte im Dezember 2021 die Person des von Nazis

ermordeten Bundeskanzlers und Diktators wieder zu Diskussionen und Polemiken. Denn in seinem Geburtsort Texing wird ein Dollfuß-Museum betrieben, und genau dort war Gerhard Karner Bürgermeister, der im Dezember 2021 als Innenminister angelobt wurde. Schon wieder warf die Geschichte ihre Schatten über die Innenpolitik, wo ruhige Debatten kaum noch möglich sind. Immerhin: In einem ZiB2-Interview erklärte Karner, angesprochen auf das Wort Austrofaschismus: "Auch dieser Begriff ist möglich." Dass die Diktatur von Dollfuß und dann von Kurt Schuschnigg wesentliche Anzeichen des Faschismus enthielt und nachhaltigen Schaden in der österreichischen Gesellschaft hinterließ, wollen manche in der ÖVP aber noch immer nicht laut aussprechen.

Während seit den 1990er-Jahren die Zustimmung zu den ehemaligen Großparteien ÖVP und SPÖ kontinuierlich sinkt, wurde die Parteipolitisierung noch massiver betrieben, bei Personalbesetzungen hatte das ohnehin Tradition, machte sich aber bei Sachentscheidungen bemerkbar. Dort, wo die FPÖ Einfluss bekam, übernahm sie schnell die alten, von ihr stets kritisierten Methoden. Alles nach dem Motto: Der politische Mitbewerber darf niemals recht haben. Und wenn er als Feind gesehen wird, erst recht nicht. Die schwarz-blaue Koalition unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zwischen 2000 und 2006 verschärfte die Auseinandersetzung zwischen den beiden ehemaligen Großparteien, aber die Sozialpartnerschaft sorgte für den Erhalt eines Grundkonsenses. Sebastian Kurz wollte diesen beenden. Im KURIER-Talk rund einen Monat vor den Nationalratswahlen des 15. Oktober 2017 erklärte er, er halte es für problematisch, wenn Sozialpartner bei Regierungsverhandlungen am Tisch sitzen würden. Das Problem seien dabei nicht so sehr die Sozialpartner, sondern die "zu schwache Regierung". Das werde er ändern, er forderte gar nach deutschem Vorbild eine Richtlinienkompetenz für den Kanzler, die er allerdings nicht bekam. Die Sozialpartner nahmen das nicht so ernst. ÖVP-Lehrergewerkschafter Paul Kimbacher meinte damals dazu, auch Kurz werde verstehen, dass er Reformen nur mit den Betroffenen durchführen könne, und aus dem Wirtschaftsbund hieß es, dann werde eben nicht der Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner am Verhandlungstisch sitzen, sondern der ÖVP-Abgeordnete Haubner. So war es dann auch. Wie so oft bei Kurz war nur der äußere Anschein wichtig.

Diese Geschichte zeigt, dass sich in Österreich die Sozialpartner nicht so schnell verdrängen lassen, und beim Ausgleich der Kräfte spielen sie eine wichtige Rolle, weil die sogenannte Zivilgesellschaft nicht stark genug auftritt. In der Pandemie wurden die Kammern und der ÖGB sogar gestärkt. Zum Zusammenhalt der Gesellschaft trugen sie nach außen kaum bei, im Hintergrund beeinflussten sie Entscheidungen, von der lange diskutierten, dann beschlossenen und doch wieder sistierten Impfpflicht bis zur Öffnung von Geschäften. Wenig hilfreich waren sie beim Versuch, mehr Menschen zu den Impfstraßen zu bewegen, auch wenn das Versagen grundsätzlich bei der Regierung lag. Auch die Medien führten die Menschen nicht zusammen, sondern sorgten für weitere Spaltung: die klassischen, weil ihnen vor allem Impfgegner*innen nicht glaubten und vieles nicht ausreichend erklärt wurde, und die sozialen Medien leben ja geradezu von Streit und Aufregung und nicht von Verständnis und Konsens.

Deutschland erlebte im Herbst 2021 einen sehr sachorientierten Wahlkampf, und als Olaf Scholz seine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP formte, bekamen er und die Vertreter*innen der anderen Parteien Glückwünsche von der geschlagenen Union, was im österreichischen politischen Klima überraschte. Wie groß traditionell der Unterschied zwischen Österreich und Deutschland ist, lernte ich in vielen Jahren in Bonn und Berlin, zunächst im Frühjahr 1984 als junger Korrespondent des ORF in Deutschland. Regelmäßig berichtete ich vom Streik der Metaller für die 35-Stunden-Woche. Rund sieben Wochen lang wurde der Kampf zwischen Gewerkschaft und Metallindustrie sehr heftig ausgetragen, gerade auch in Baden-Württemberg, wo die Autoindustrie großen Wohlstand gebracht hatte. In Österreich hatte es im Jahr zuvor nur rund 4000 Streikstunden gegeben. Niemand wollte mir glauben, dass es so gut wie nie zu Streiks kommt.

Es gab auch Jahre mit deutlich mehr Streikstunden, aber Große Koalitionen und Sozialpartnerschaft hatten nach dem Zweiten Weltkrieg für sozialen Ausgleich gesorgt. Der Preis dafür waren Parteienproporz bei der Besetzung vieler Posten, die Verzögerung notwendiger Reformen und Mangel an offenen Debatten. Später kam noch eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber dem Populismus von Jörg Haider dazu. Es ist kein Zufall, dass der rechte Populismus seine ersten Erfolge in Europa ausgerechnet in Österreich feierte. Das Machtkartell aus Roten und Schwarzen bot eine ideale Reflektionsfläche für einen Politiker, dem es gelang, sich selbst anzupreisen, während er angeblich nur das Wohl der Bevölkerung im Kopf hatte. Und so ließ er plakatieren: "Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist." Sebastian Kurz, Haiders gelehriger Schüler in der Rolle des Rechtspopulisten, formulierte es nach seiner Abwahl als Bundeskanzler am 27. Mai 2019 vor begeisterten Fans so: "Heute hat das Parlament entschieden, aber am Ende des Tages, im September, entscheidet in einer Demokratie das Volk." Auf Plakaten hieß es dann: "Das Parlament hat bestimmt, das Volk entscheidet." Jörg Haider hätte seine Freude gehabt, wie hier Parlamentarismus und Demokratie gegeneinander ausgespielt wurden.

Was ist passiert zwischen Haiders Tod am 11. Oktober 2008 und dem Aufstieg von Kurz zum ÖVP-Obmann im Frühjahr 2017? Die ÖVP fand kein Rezept, die ebenfalls ausgelaugten Sozialdemokraten bei Wahlen zu überholen. Wer versprach, das Kanzleramt zurückzuholen, der durfte alle traditionellen Werte der einst selbstbewussten Partei hinter sich lassen, und der durfte auch die stets machtbewussten Landeshauptleute zu schlichten Ja-Sagern degradieren. Sie ließen sich in der Vorstandssitzung der ÖVP am 14. Mai 2017 gerne von Kurz an die Wand drücken, die Drohung einer eigenen "Liste Kurz" stand im Raum. Am Stimmzettel kam die ÖVP dann hinter Kurz, als "Liste Sebastian Kurz – neue Volkspartei". Es wurde sogar eine Änderung der Statuten beschlossen, um Kurz das Durchgriffsrecht in allen Fragen zu übertragen, von allen Personalbesetzungen bis zu Koalitionen. Politische Inhalte spielten keine so große Rolle. Im Übrigen machten die Landeshauptleute ihrem jungen Obmann schon klar, dass es Länderkompetenzen gäbe, wie etwa bei den Spitälern, wo er "nicht einmal hinschauen solle", wie mir einer unter vier Augen verriet. Damit sollten allfällige Überlegungen, das Spitalswesen im kleinen Österreich zentral zu steuern, also den Einfluss der Länder zu begrenzen, von vornherein verhindert werden. Aber um konkrete Vorhaben, das Versprechen "Sparen im System" umzusetzen, ging es ohnehin nie. Das "Projekt Ballhausplatz", das aus der ÖVP ein Heer von türkis gekleideten "Jüngern" - sie nannten sich wirklich so – und aus der Republik Österreich einen Spielplatz für Nachwuchspolitiker*innen und deren Spender*innen machen sollte, hat das Programm der ÖVP ersetzt. Dieses "Projekt Ballhausplatz" aus dem Jahr 2016, das im nächsten Kapitel noch Thema sein wird, war die Anleitung zur Machtübernahme und zum langfristigen Machterhalt. Ideen, was mit der Macht umgesetzt werden solle, finden sich darin nicht. Als der *Falter* am 19. September 2017 über dieses Papier berichtete, wollte die ÖVP zunächst die Echtheit nicht bestätigen. Als sich herausstellte, dass enge Mitarbeiter von Kurz Ergänzungen in die digitale Fassung geschrieben hatten, versuchte man eine Relativierung. Teile des Plans seien echt, andere bestünden nur aus Anregungen außenstehender Personen.

Der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder, der unter anderem auch in Wien forscht und lehrt, hat in mehreren Büchern die Aushöhlung der modernen Demokratie beschrieben. In seinem Buch "Der Weg in die Unfreiheit" prägt er zwei Begriffe: Die "Politik der Unausweichlichkeit", die uns Bürger zu denkfaulen Objekten machen soll, die sich nicht um die Weiterentwicklung der Demokratie kümmern, und die "Politik der Ewigkeit", auf die autoritäre Führer zurückgreifen würden.

In einer Rede im Dezember 2019 beschrieb er die "Politik der Unausweichlichkeit" als die trügerische Hoffnung, dass sich demokratische Staaten nach den Erfolgen der letzten Jahrzehnte weiter gut entwickeln würden. Aber die Demokratie sei eben nicht gesichert. Im Gegensatz dazu sieht Snyder die "Politik der Ewigkeit", die gerne von "starken Männern" betrieben würde. Sie hätten zwar keine Lösungen, aber würden durch äußere Gegner ihre Legitimation erklären. Hier haben wir wieder Carl Schmitts Freund/Feind-Schema. Snyder: "Wenn wir

unsere Demokratie wiederhaben wollen, wenn wir wollen, dass sie funktioniert, dann müssen wir beginnen, darüber nachzudenken: über die Zukunft, über unseren Weg in die Zukunft und darüber, wie wir die Zukunft wieder zurück in die Politik bringen." Die Zukunft gestalten, das darf die Gesellschaft aber nicht der Politik allein überlassen, und schon gar nicht autoritären Führern. Sebastian Kurz wurde zwar zunächst nicht als "starker Mann" positioniert, aber doch als alleiniger Anführer seiner Partei, dem niemand mehr widersprechen dürfe, im Gegenteil, dem seine "Jünger" folgen müssten, wie sie parteiintern hießen. Denn seine Person sei die Lösung für alle Versäumnisse der Großen Koalition, Sprüche wie "neuer Stil" oder "Sparen im System" sollten Aufbruch signalisieren. In der Kommunikation wurde hauptsächlich mit vielen Bildern gearbeitet, die ihn täglich als denjenigen priesen, der den Großen der Welt, von Merkel bis Trump, und den Wichtigen in Österreich, Industriekapitänen wie Kirchenfürsten, den Weg weist. Einige wenige sahen in diesen gut inszenierten Shows noch bei seinem Abgang den Beweis eines "politischen Talents".

Doch dann kam Corona, da wäre Führungskraft statt Marketingshow gefragt gewesen. In dieser Krise wären auch bewährte Manager*innen an ihre Grenzen geraten, aber wer sein Leben lang nur Politik gemacht hat – das galt nicht nur für Kurz, sondern auch den Großteil seiner Umgebung und der Regierung –, der musste überfordert sein. Und so wurde der Widerspruch zwischen einer perfekten Inszenierung mit täglichen Pressekonferenzen und den leeren und sinnlosen Sprüchen immer evidenter. Einen ernsthaften Dialog mit der Bevölkerung, wie in nordischen Staaten und rund um die Impfung auch in südeuropäischen Ländern, gab es nie. Zunächst

wollte Kurz mit Angstparolen richtiges Verhalten erzwingen. Er warnte vor "100.000 Toten" und erklärte am 30. März 2020 im ORF: "Bald wird jeder von uns jemanden kennen, der an Corona gestorben ist." Am 28. August 2020 wiederum verkündete er "Licht am Ende des Tunnels". Im März 2021 versprach Kurz, dass Österreich den Grünen Pass schon im April haben werde, was ebenso wenig stimmte wie die Ankündigung im April, dass bis Ende Juni jeder die erste Impfung haben könne. Der russische Impfstoff Sputnik wurde versprochen, kam aber nie, obwohl Kurz intern sogar über eine eigene Produktion in Österreich fantasierte und mit Vertretern der russischen Regierung darüber sprach, wohl wissend, dass dieser in der EU nicht genehmigt war. Dann versprach er einen "coolen Sommer", und im Herbst 2021 folgte die Versicherung, dass es keinen vierten Lockdown geben werde. Am 19. November wurde er dann doch verkündet. Zu dem Zeitpunkt war Kurz bereits doppelter Ex-Kanzler, sein Versuch, diese von den Expert*innen empfohlene Entscheidung zu torpedieren, war gescheitert. Vorher hatte er noch dafür gesorgt, dass intern über einen möglichen Lockdown nicht gesprochen werden durfte, aber der Machtverlust war nicht mehr aufzuhalten. Die Umfragen, seit 2016 treue Begleiter des Aufstiegs, wiesen den Weg zum Abstieg. Angesichts der offensichtlichen Probleme ließen sich immer weniger Menschen durch treuherzige Auftritte verführen.

So kann auch in einer Demokratie die "Politik der Ewigkeit" dafür sorgen, dass eine überforderte Regierung ständig Außenfeinde sucht, um zu überleben. Es muss immer jemand anderer Schuld sein: die Opposition, die Bundesländer, das "Ausland", die Europäische Union oder generell "Flüchtlinge". Irgendetwas passt immer. Kein Zufall, dass auch während der Corona-

Krise durch die Abschiebung von Kindern versucht wurde, die Öffentlichkeit abzulenken. Karl Nehammer spielte als Innenminister gerne die Rolle des Exekutors von Bescheiden. Folgerichtig gab es nach der Übernahme der Macht durch die Taliban im Sommer 2021 schnell viele markige Wortmeldungen von ÖVP-Politiker*innen, sicher keine Menschen aus Afghanistan aufnehmen zu wollen, obwohl ohnehin kaum jemand das Land verlassen konnte. Bei der überraschenden Verkündung einer Impfpflicht am 19. November 2021 ohne vorherige öffentliche Diskussion kamen auch schnell Zweifel auf, ob es da ausschließlich um gesundheitspolitische Gründe ging. Eine neuerliche Spaltung der Gesellschaft war zu befürchten, weil es nicht nur radikale Impfgegner gab und gibt, sondern auch Bürger*innen, deren Bedenken ernst genommen werden sollten.

Die Demonstration von rund 40.000 Menschen gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung am 20. November 2021 in der Wiener Innenstadt war eine besorgniserregende Mischung von Ängstlichen über Besorgte und Impfgegner bis zu einigen organisierten Rechtsextremen. Dass ausgerechnet FPÖ-Chef Herbert Kickl, infiziert und aus der Corona-Quarantäne heraus vom "Beginn einer Diktatur" sprach, weil die Regierung eine Impfpflicht angekündigt hatte, war dann doch kurios. Im Rahmen der Diskussion um die sogenannte Sicherheitshaft hatte er selbst als Innenminister im Jänner 2019 im ORF-Report von "irgendwelchen rechtlichen Konstruktionen" gesprochen, und dann: "Denn ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht."

Kurz und Kickl – beide bauten ihren politischen Erfolg auf Ausgrenzung und Radikalisierung auf, der eine mit strenger Miene, der andere mit freundlichem Gesicht. Beide wollten autoritär regieren, eine Zeit lang durchaus gemeinsam. Als das an Ibiza scheiterte, setzten beide unabhängig voneinander auf die Täter-Opfer-Umkehr. Kickl fühlt sich von den Medien verfolgt, Kurz vom Staatsanwalt. Sie passen besser zusammen, als ihnen nach außen lieb ist.

Als die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im Mai 2021 Ermittlungen gegen Sebastian Kurz wegen falscher Zeugenaussage vor dem Ibiza-Ausschuss aufnahm, erklärte dieser zunächst noch entspannt, er werde gerne "seine Sicht der Dinge schildern" und habe "sicher nicht falsch ausgesagt". Dann aber verwandelte er sich in ein armes Opfer. Es sei eine "aufgeheizte Stimmung" im Ausschuss gewesen, es werde versucht, "einem das Wort im Mund umzudrehen" und "irgendwie in eine Falschaussage hineinzudrängen". Liest man das Protokoll der vierstündigen Befragung, kommt man zu einem anderen Bild. Kurz erklärte sich zum "Gast im Ausschuss", der gerne Auskunft geben werde, er erzählte vom Wahlkampf und vom Alltag der Regierungsarbeit. Wenn es für ihn unangenehm wurde, reagierte er gereizt, wie Der Standard schrieb. Und manchmal sogar aggressiv. Nach der Befragung plauderte er noch gelassen mit den Medien und gab bereitwillig Interviews, ohne sich über eine "aufgeheizte Stimmung" zu beklagen. In die Opferrolle schlüpfte er erst, als die Ermittlungen wegen falscher Zeugenaussage aufgenommen wurden. Das musste die WKStA nach einer Anzeige der NEOS, weil sie einen Anfangsverdacht sah. Die Opferrolle hat Kurz dann noch einmal personalisiert, indem er erklärte, der NEOS-Abgeordnete Brandstätter sei schuld an einem Missverständnis. Die Frage an Kurz lautete: "Bis zu dem Zeitpunkt, an dem er (Thomas Schmid) Ihnen gesagt hat, 'Ich möchte mich für diesen ausgeschriebenen Posten bewerben, haben Sie mit ihm nie darüber gesprochen, dass er das werden könnte?" Kurz: "Nein, es war allgemein bekannt, dass ihn das interessiert, und es war sicherlich so, dass immer wieder davon gesprochen wurde, dass er ein potenziell qualifizierter Kandidat wäre." Zuvor hatte Kurz erklärt, Schmid habe ihn irgendwann informiert. Da es unzählige Chat-Protokolle gibt, wo sich Kurz und Schmid über Details der Bewertung und Tätigkeit bei der ÖBAG austauschten, sah die WKStA den Anfangsverdacht gegeben. Da sich der damalige Bundeskanzler aber nicht den ermittelnden Staatsanwälten zur Befragung stellen wollte, durfte er vor einem Richter aussagen. Laut Protokoll hat Kurz dem Richter Folgendes erklärt: "Wenn ich auf Brandstätter mit ,Na' ablehnend reagiere, tut man so, als wäre es eine inhaltliche Antwort. Wenn ich vom Brandstätter was höre, nehme ich immer eine ablehnende Haltung ein." Allein diese Aussage ist eine Antwort auf die Frage, wer eine persönliche und zugleich abwertende Note in die Politik brachte.

Unsere Gesellschaft muss aus dieser Kurz-Kickl-Logik des autoritären Denkens heraus, muss das Freund-Feind-Schema beenden und die Opferrolle aus dem Drehbuch der politischen Auseinandersetzung streichen. Aber leider passte die Pandemie wieder beiden ins Konzept. Kurz rief zu Beginn des Sommers 2021, damals noch als Bundeskanzler, gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis das Ende der Pandemie aus – aber nur für die Ungeimpften, wie er später bemerkte. Eine Idealvorlage für den FPÖ-Chef Kickl, der sich zum Beschützer aller Ungeimpften bis hin zu den radikalen Corona-Leugnern aufspielte.

Zu einem neuen Ausgleich in dieser komplexen Situation kommen wir nur durch mehr Vertrauen in der Gesellschaft, vor allem Vertrauen gegenüber den Institutionen und Vertrauen in Erkenntnisse der Wissenschaft. Angesichts einer der größten Herausforderungen seit Langem kann das entscheidend für unsere Zukunft sein. Denn die Klimakrise müssen wir gemeinsam verstehen, und wir werden sie weder im Konflikt noch durch Anordnung von oben bewältigen, sondern nur im gesellschaftlichen Ausgleich. Auch hier haben die Sprüche des Herrn Kurz nur geschadet. Er lehnte jegliche Veränderung des Verhaltens der Menschen ab und meinte gegenüber den Vorarlberger Nachrichten: "Ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass unser Weg zurück in die Steinzeit sein sollte." Nein, es geht ja auch nicht um eine Rückkehr in die "Steinzeit", wie er meinte, wohl ohne zu wissen, welche Periode der etwa 2,6 Millionen Jahre dauernden Steinzeit er überhaupt meinte. Leider wurde er von keinem Medium dazu befragt.

Ein gesellschaftlicher Ausgleich wird einige Zeit und konkrete Maßnahmen brauchen. Beginnen wir mit dem Abbau von Frontstellungen. Diese wurden in der Pandemie aufgebaut – etwa Bundesregierung gegen Wien. Sinnlose Konfrontationen gibt es im Parlament, wo die Mehrheit der Opposition aus Prinzip nicht recht geben will. Geradezu gefährlich ist die Ablehnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen durch eine wachsende Gruppe der Bevölkerung, die nur durch transparente Information abgebaut werden kann. Und durch viele Erklärungen, dass nur Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung unser heutiges Leben, die Heilung von Krankheiten, viele Bequemlichkeiten, die digitale Kommunikation und noch viel mehr möglich machen.

Die Regierungen in Bund und Ländern werden Vertrauen nur aufbauen können, wenn es endlich Transparenz bei ihren Entscheidungen gibt. Das gilt in besonderem Maß bei der Besetzung öffentlicher Posten, weil hier die Aufmerksamkeit und die Empfindlichkeiten groß sind. Aber auch die vielen Förderungen, die Bund und Länder verteilen, müssen transparent werden. Für Krisenfälle müssen bewährte Manager*innen eingesetzt werden, die von Sachentscheidungen und nicht von Eitelkeiten geleitet werden. Da stellen die digitalen Bildermedien eine große Versuchung dar, aber wir erleben ständig, wie schnell Instagram-Fotoshows zur Peinlichkeit verkommen und Twitter nicht nur Botschaften, sondern auch Bosheiten transportiert. Wir müssen Räume für den demokratischen Diskurs definieren, etwa durch regelmäßige öffentliche Veranstaltungen des Parlaments mit NGOs und Gruppen der Zivilgesellschaft. Hier hat die österreichische Gesellschaft eine Stärke: Gerade die sozialen Organisationen, von der Caritas über die Diakonie bis hin zum Roten Kreuz und zur Volkshilfe, leisten Großartiges, viele Freiwillige zeigen soziales Engagement. Diese Gruppen müssten viel stärker in den öffentlichen Diskurs eingeschlossen werden.

Wer die dramatischen Veränderungen verstehen will, braucht die nötige Bildung. Wir haben seit 2017 immerhin eine Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr. Aber das reicht nicht, Jugendliche sind in ihrer Entwicklung sehr unterschiedlich. 17 Prozent der 15-Jährigen haben Probleme beim Verstehen einfacher Texte. Wie kann sich unsere Gesellschaft mit diesem Missstand abfinden? Die Schulen müssen auf Kritikfähigkeit und Diskurs ausgerichtet werden und darauf, dass Jugendliche das Lernen erlernen. Dazu gehört u. a. auch ein Schwerpunkt "Digitalisierung in allen Schulen". In diesem Bereich sind wir in Europa bestenfalls Mittelmaß. Teilhabe an der Gesellschaft ver-

langt die Kenntnis der Werkzeuge dazu. Es genügt nicht, sich über "Querdenker" zu alterieren, die online allen möglichen Blödsinn weiterverbreiten. Die Aufgabe aller Bildungseinrichtungen ist es, das Denken zu schulen, Rechercheergebnisse im Internet auf ihre Glaubwürdigkeit zu überprüfen und das Argumentieren zu lehren.

Je besser Jugendliche ausgebildet werden, umso weniger sind sie später anfällig für politische Verführungen aller Art. Ein Lernziel ist es, zu begreifen, dass staatliche Institutionen für alle da sein müssen und Schwächere eher auf sie angewiesen sind als Stärkere. In einer Gesellschaft des Zusammenhalts ist das auch selbstverständlich.

Impressum www.kremayr-scheriau.at

ISBN 978-3-218-01363-5

Copyright @ 2022 Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG, Wien

Alle Rechte vorbehalten

Coverdesign, typografische Gestaltung und Satz: Sophie Gudenus

Lektorat: Stefanie Jaksch

Druck und Bindung: Finidr, s.r.o., Czech Republic

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des

